

Voir Note explicative  
*See Explanatory Note*  
*Siehe Erläuterungen*  
GER

Numéro de dossier <i>File-number</i> <i>Beschwerdenummer</i>
--

**COUR EUROPÉENNE DES DROITS DE L'HOMME**  
**EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS**  
**EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

Conseil de l'Europe - *Council of Europe* - *Europarat*  
Strasbourg, France - Frankreich

**REQUÊTE**  
**APPLICATION**  
**BESCHWERDE**

présentée en application de l'article 34 de la Convention européenne des Droits de l'Homme,  
ainsi que des articles 45 et 47 du règlement de la Cour

*under Article 34 of the European Convention on Human Rights*  
*and Rules 45 and 47 of the Rules of Court*

*gemäß Artikel 34 der Europäischen Menschenrechtskonvention*  
*und Artikel 45 und 47 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs*

**IMPORTANT:** La présente requête est un document juridique et peut affecter vos droits et obligations.

*This application is a formal legal document and may affect your rights and obligations.*

**WICHTIG:** Dieses Formular ist eine Urkunde und kann für Ihre Rechte und Pflichten von Bedeutung sein.

**I. LES PARTIES**  
**THE PARTIES**  
**DIE PARTEIEN**

**A. LE REQUÉRANT/LA REQUÉRANTE**  
**THE APPLICANT**

**DER BESCHWERDEFÜHRER/DIE BESCHWERDEFÜHRERIN**

(Renseignements à fournir concernant le/la requérant(e) et son/sa représentant(e) éventuel(le))

(Fill in the following details of the applicant and the representative, if any)

(Angaben über den Beschwerdeführer/die Beschwerdeführerin und ggf. den Bevollmächtigten/die Bevollmächtigte)

1. Nom de famille ..... Annen ..... 2. Prénom(s) ..... Klaus Günter .....  
Surname / Familienname ..... First name (s) / Vorname(n) .....
- Sexe: masculin / féminin ..... Sex: male / female ..... Geschlecht: männlich / weiblich
3. Nationalité ..... Deutsch ..... 4. Profession ..... Kfm. Angestellter .....  
Nationality / Staatsangehörigkeit ..... Occupation / Beruf .....
5. Date et lieu de naissance ..... 17.10.1951 Koblenz/Rhein .....  
Date and place of birth / Geburtsdatum und -ort .....
6. Domicile ..... 69469 Weinheim Cestarostr. 2 .....  
Permanent address / Ständige Anschrift .....
7. Tel. N° ..... 06201/292127 .....  
.....
8. Adresse actuelle (si différente de 6.) .....  
Present address (if different from 6.) / ggf. derzeitige Anschrift .....
9. Nom et prénom du/de la représentant(e)\* ..... Lennartz Leo .....  
Name of representative\* / Name und Vorname des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten\* .....
10. Profession du/de la représentant(e) ..... Rechtsanwalt .....  
Occupation of representative / Beruf des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten .....
11. Adresse du/de la représentant(e) ..... Ursulinenstr. 19, 53879 Euskirchen .....  
Address of representative / Anschrift des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten .....
12. Tel. N° ..... 02251/3509 u. 4109 ..... Fax N° ..... 02251/74309 .....  
.....

**B. LA HAUTE PARTIE CONTRACTANTE**  
**THE HIGH CONTRACTING PARTY**  
**DIE HOHE VERTRAGSCHLIESSENDE PARTEI**

(Indiquer ci-après le nom de l'Etat/des Etats contre le(s)quel(s) la requête est dirigée)

(Fill in the name of the State(s) against which the application is directed)

(Angabe des Staates/der Staaten, gegen den/die die Beschwerde gerichtet ist)

13. ..... Bundesrepublik Deutschland .....  
.....

\* Si le/la requérant(e) est représenté(e), joindre une procuration signée par le/la requérant(e) et son/sa représentant(e).

If the applicant appoints a representative, attach a form of authority signed by the applicant and his or her representative.

Wenn ein Bevollmächtigter/eine Bevollmächtigte bestellt wird, ist eine vom Beschwerdeführer/von der Beschwerdeführerin und seines Bevollmächtigten/seiner Bevollmächtigten unterzeichnete Vollmacht beizufügen.

**II. EXPOSÉ DES FAITS**  
**STATEMENT OF THE FACTS**  
**DARLEGUNG DES SACHVERHALTES**

(Voir chapitre II de la note explicative)  
(See Part II of the Explanatory Note)  
(Siehe Abschnitt II der Erläuterungen)

14. siehe Seite 3 a ff.

Si nécessaire, continuer sur une feuille séparée  
*Continue on a separate sheet if necessary*  
Falls erforderlich, auf einem gesonderten Blatt fortsetzen



14. Der Beschwerdeführer ist Bürger der Bundesrepublik Deutschland und katholischer Christ. Aus rechtlichen und moralischen Gründen ist er der Überzeugung, dass die Tötung ungeborener Kinder grundsätzlich Unrecht ist.

Er bekämpft deshalb die derzeitige gesetzliche Regelung in der Bundesrepublik Deutschland, die es praktisch erlaubt, jedes ungeborene Kind vor der Geburt zu töten, sei es aufgrund einer Indikation, sei es aufgrund der generellen Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs durch den Gesetzgeber bis zur Vollendung der 12. Schwangerschaftswoche.

Er nimmt neben seiner beruflichen Tätigkeit mit Engagement in der nach wie vor in Deutschland breit geführten Diskussion über Abtreibung teil und sucht im Rahmen seiner Möglichkeiten die Bevölkerung für die Problematik zu sensibilisieren.

Der Beschwerdeführer ist kein Parlamentarier und hat auch sonst keine gesellschaftlich herausgehobene Position oder Funktion, in der er seine Auffassung zum Abtreibungsproblem deutlich machen und auf eine Änderung hinwirken könnte.

Er nimmt aber die Rechte als Staatsbürger in Anspruch, über Vorgänge im Staate, die ihm unrichtig und gar rechtswidrig erscheinen, zu diskutieren und die Öffentlichkeit hierauf aufmerksam zu machen.

In Verfolg seiner Bemühungen verteilte der Beschwerdeführer am 17. und 18.07.2005 im Umkreis der Gemeinschaftspraxis von Medizinerinnen, die auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts rechtswidrige Abtreibungen durchführen, Flugblätter in denen er darauf hinwies, dass in der Tagesklinik Dr. Metzler/Dr. Richtmann in Ulm rechtswidrige Abtreibungen durchgeführt werden, die aber der deutsche Gesetzgeber erlaube und nicht unter Strafe stelle. Außerdem hat der Beschwerdeführer die genannten Ärzte auf seiner Internetseite mit Name und Anschrift als Abtreibungsärzte aufgeführt.

Die genannten Ärzte nahmen den Beschwerdeführer vor dem Landgericht Ulm auf Unterlassung in Anspruch und behaupteten, durch die Nennung in den Flugblättern sowie auf der Website verletze der Beschwerdeführer ihre Ehre und setze ihr persönliches Ansehen sowie auch das öffentliche Ansehen der von ihnen betriebenen Tagesklinik erheblich herab. Es würde dadurch der Eindruck erweckt, dass bei den in ihrer Tagesklinik vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen die gesetzlichen Bestimmungen der §§ 218 ff. StGB nicht eingehalten würden. Auch sei die Behauptung, dass die in der Tagesklinik durchgeführten Eingriffe rechtswidrig seien, falsch, daher seien seine Flugblätter nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt. Sie seien im Übrigen beleidigend und dienten der gezielten Herabsetzung der Mediziner und der von ihnen geführten Tagesklinik. Durch die Flugblätter werde Prangerwirkung erzielt. Diese sei durch die Meinungsfreiheit des Beschwerdeführers nicht gedeckt, ebenso wenig die individuelle Nennung einzelner Ärzte auf der Internetseite.

Der Beschwerdeführer hat seinerseits darauf hingewiesen, dass in der Tagesklinik Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt würden, die nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts rechtswidrig seien. Wenn er darauf hinweise, stelle er eine wahre Tatsachenbehauptung auf, wenn er Kritik in einem Punkt übe, der die Sozialsphäre der Kläger betreffe, handle er im Rahmen der grundsätzlich geschützten Glaubens- und Gewissensfreiheit und der grundsätzlich geschützten Meinungsfreiheit. Sein Angriff richte sich nicht so sehr gegen die Kläger, sondern gegen die vom Bundesverfassungsgericht initiierte derzeitige Gesetzeslage, deren Änderung er für die Ungeborenen verlange, deren Fürsprecher er sei. Auf seiner Internetseite werde lediglich dazu aufgefordert, für die zu beten, die Abtreibungen selbst vornehmen, an ihnen mitwirkten oder auch nur begünstigen. Das Landgericht Ulm hat den Beschwerdeführer mit Urteil vom 22.01.2007 – 4 O 562/05 – wie folgt verurteilt:

- „1. Der Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen, Flugblätter im unmittelbaren räumlichen Umkreis der Gemeinschaftspraxis 89077 Ulm, Sedanstr. 10, zu verteilen oder in die Briefkästen der Nachbarn zu werfen, in denen die Kläger namentlich benannt werden mit dem Hinweis, dass in ihrer Praxis Abtreibungen durchgeführt werden, welche als rechtswidrig bezeichnet werden.

2. Der Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen, den Namen und die Adresse der Kläger in seiner Auflistung der „Abtreibungsärzte“ im Internet unter „www.babycaust.de“ zu führen.
3. Dem Beklagten wird angedroht, dass für jeden Fall der Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld bis zur Höhe von € 250.000,00 oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten gegen ihn festgesetzt wird.
4. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
5. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des beizutreibenden Betrages vorläufig vollstreckbar.“

Gegen das Urteil hat der Beschwerdeführer Berufung zum Oberlandesgericht Stuttgart eingereicht und die Aufhebung des angefochtenen Urteils verlangt.

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat mir Urteil vom 24.10.2007 – 4 U 35/07 – die Berufung des Beschwerdeführers wie folgt zurückgewiesen:

- „1. Die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Landgerichts Ulm vom 22. Januar 2007 (4 O 562/05) wird zurückgewiesen.
2. Der Beklagte trägt die Kosten des Berufungsverfahrens.
3. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 10.000,00 € vorläufig vollstreckbar.
4. Die Revision wird nicht zugelassen.“

Der Beschwerdeführer hatte in der Berufungsinstanz insbesondere auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der Rechtswidrigkeit der nicht medizinisch initiierten Schwangerschaftsabbrüche hingewiesen (BVerfGE 88, 203 ff.), außerdem darauf, dass er eine wahre Tatsachenbehauptung aufstelle, wenn er darauf verweise, dass die klagenden Mediziner rechtswidrige Schwangerschaftsabbrüche vornähmen. Er berief sich auch auf die Freiheit der Meinungsäußerung und darauf, dass mit seinen Bemerkungen eine anprangernde Wirkung nicht verbunden sei. Er trete als Anwalt der ungeborenen Kinder auf und dies rechtfertige deutliche Meinungsäußerungen. Er verwies auch darauf, dass die Gerichte nicht das Recht hätten, über den Wortsinn hinaus Deutungen vorzunehmen, weil diese in der Sphäre des Empfängers lägen und nicht des sich Äußernden. Bezüglich des Unterlassungsbegehrens der Namensnennung auf der Internetseite hat der Beschwerdeführer darauf hingewiesen, dass die Kläger auf der Abtreibungsseite nur unter der Rubrik Gebetsanliegen für Deutschland seien und die Verlinkung nur die Aufforderung enthalte, für die zu beten, die Abtreibungen selbst vornehmen.

Das Anliegen des Beschwerdeführers ist, dass er zur Problematik der Abtreibung in Deutschland ungehindert im Rahmen der geltenden Gesetze argumentieren und seine Meinung äußern darf. Er hat noch weitere Punkte des Verfahrens angegriffen. Insofern wird auf die beigelegten Urteile des Landgerichts Ulm und des Oberlandesgerichts Stuttgart Bezug genommen.

In der Sache hat das Oberlandesgericht das Urteil des Landgerichts Ulm bestätigt. Es vertritt unrichtigerweise die Auffassung, es bedürfe keine abschließenden Entscheidung, ob die beanstandeten Äußerungen als Tatsachenbehauptung oder Meinungsäußerung zu qualifizieren seien, weil sie in beiden Varianten zu unterlassen seien.

Schon dies widerspricht der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das besonderen Wert darauf legt, dass bei der Beurteilung einer Äußerung zunächst geprüft werden müsse, ob es sich um eine Tatsachenbehauptung oder eine Meinungsäußerung handle, weil hieraus verschiedenartige Rechtsfolgen abzuleiten seien. Das Oberlandesgericht geht davon aus, der Beschwerdeführer habe eine unrichtige Tatsachenbehauptung aufgestellt, weil sein Flugblatt die Aussage enthalte, das Handeln der Kläger sei rechtswidrig und verboten. Dabei hat der Beschwerdeführer nur das Handeln als rechtswidrig bezeichnet. Von Verbot ist an keiner Stelle die Rede.

Diese Deutung ist von den Gerichten vorgenommen worden, was der Beschwerdeführer als unzulässig ansieht, weil es dem Recht widerspricht. Das Oberlandesgericht kam nicht umhin anzuerkennen, dass der Beschwerdeführer auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts abgehoben hat, meint aber dazu, hier sei keine hinreichende Klarstellung erfolgt, weil beim angesprochenen Personenkreis



ein unrichtiger Eindruck erweckt würde. Dabei ließ das Gericht außer Acht, dass von jedem strafmündigen deutschen Staatsbürger verlangt wird, dass er das Strafgesetz in allen Einzelheiten kennt. Eine Unkenntnis des Gesetzes schützt nach deutschem Recht vor Strafen nicht. Deshalb war es auch nicht gerechtfertigt hier die Äußerungen des Beschwerdeführers auf ein angeblich uninformatiertes Publikum zu projizieren. Dieser Fehler des Gerichts wurde nicht dadurch besser, dass er vom Senat, wie er selbst im angefochtenen Urteil zugab, bereits früher gemacht worden war.

Hilfsweise hat das Gericht ausgeführt, selbst wenn man eine unrichtige Tatsachenbehauptung verneinen wolle, läge jedenfalls eine unzulässige Meinungsäußerung vor, die einen Unterlassungsanspruch begründe. Darüber hinaus hat das Berufungsgericht auch eine Prangerwirkung bejaht. In der Abwägung führe dies dazu, dass dem Persönlichkeitsrecht der Kläger der Vorrang vor der Meinungsfreiheit des Beschwerdeführers einzuräumen sei. Besonders hat das Gericht dem Beschwerdeführer angelastet, er habe eine Parallele zur Ermordung zu Menschen Auschwitz und damit zum nationalsozialistischen Holocaust gezogen. Dies stelle einen sehr schwerwiegenden Vorwurf und damit eine schwere Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts der Kläger dar. Das Gericht hat auch den bezüglich des Internetauftritts des Beschwerdeführers geltend gemachten Unterlassungsanspruch der Kläger bejaht und hat dazu ausgeführt, die Kläger seien nicht gehalten gewesen zum exakten Inhalt der Internetseite vorzutragen, weil das Internet jedermann zugänglich sei und deshalb offenkundige Tatsachen in Rede stünden.

Der Beschwerdeführer hat beim Bundesgerichtshof Prozesskostenhilfe für die Durchführung des Verfahrens der Nichtannahmebeschwerde beantragt. Diesen Antrag hat der Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 12.02.2008 wie folgt beschieden:

„Der Antrag des Beklagten auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe wird abgelehnt, weil die beabsichtigte Rechtsverfolgung keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet.“

Damit war der normale Instanzenzug erschöpft.

Der Beschwerdeführer hat Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht am 17.03.2008 gegen das Urteil des Landgerichts Ulm, das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart und den Beschluss des Bundesgerichtshofs eingelegt. Mit Beschluss vom 02.07.2009 hat die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts – 1 BvR 671/08 – beschlossen:

„Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie unzulässig ist.

Von einer Begründung wird gemäß § 93 d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.“

Der nationale Rechtsweg ist damit erschöpft.

**III. EXPOSÉ DE LA OU DES VIOLATION(S) DE LA CONVENTION ET/OU DES  
PROTOCOLES ALLÉGUÉE(S), AINSI QUE DES ARGUMENTS À L'APPUI  
STATEMENT OF ALLEGED VIOLATION(S) OF THE CONVENTION AND/OR  
PROTOCOLS AND OF RELEVANT ARGUMENTS  
ANGABE DER GELTEND GEMachten VERLETZUNG(EN) DER KONVENTION  
UND/ODER ZUSATZPROTOKOLLE UND BEGRÜNDUNG DER BESCHWERDE**

(Voir chapitre III de la note explicative)

(See Part III of the Explanatory Note)

(Siehe Abschnitt III der Erläuterungen)

15. siehe Seite 4 a ff.

15.

### I.

Der Beschwerdeführer wird durch die gegen ihn ergangenen Entscheidungen in seinem Recht der freien Meinungsäußerung gemäß Art. 10 EMRK verletzt.

Art. 10 EMRK verbürgt die freie Meinungsäußerung. Dieses Recht kann nach Art. 10 Abs. 2 nur auf gesetzlicher Grundlage in dem in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen Maße geschehen.

Dies entspricht auch dem deutschen Grundgesetz.

In seiner Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht, die beigelegt ist, hat der Beschwerdeführer im Einzelnen dargelegt, worin die Fehler des Landgerichts Ulm wie auch des Oberlandesgerichts Stuttgart zu sehen sind. Bei richtiger Rechtsanwendung hätten beide Tatsacheninstanzen wie auch Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht zum Ergebnis kommen müssen, dass sich der Beschwerdeführer mit seinem Diskussionsbeitrag im Rahmen des geltenden Rechts bewegte und der im Zusammenhang mit der Abtreibungsdiskussion genannte Kläger des Ausgangsverfahrens die Äußerungen des Beschwerdeführers ertragen muss, weil seine eigenen Rechte nicht berührt werden.

Im Hinblick auf seine ausführliche Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht, in der die Rechtsverstöße der Tatsacheninstanzen im Einzelnen ausführlich dargelegt worden sind, sieht der Beschwerdeführer hier von einer Wiederholung aller Gesichtspunkte ab, weil dies die Bearbeitung seiner Beschwerde nicht erleichtern sondern höchstens erschweren würde.

### II.

Durch die Zurückweisung des Prozesskostenhilfegesuchs hat der Bundesgerichtshof den Beschwerdeführer darüber hinaus in seinem Recht auf ein faires Verfahren gem. Art. 6 Abs. 1 EMRK verletzt. Der Bundesgerichtshof hat in seinem ablehnenden Bescheid nur ausgeführt, die beabsichtigte Rechtsverfolgung biete keine hinreichende Aussicht auf Erfolg.

Mit einer solchen Bemerkung war für den Antragsteller nicht erkennbar, worin die mangelnde hinreichende Aussicht auf Erfolg bestehen sollte.

Ein faires Verfahren verlangt, dass auch bei einem ablehnenden Bescheid wenigstens kurz dargelegt wird, weshalb ein Antrag oder ein Rechtsmittel keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hat. Dies ist schon deshalb wichtig, um dem Antragsteller die Möglichkeit zu geben, in weiteren Fällen die Rechtsauffassung des Gerichts zu berücksichtigen.

Aus dem ablehnenden Bescheid lässt sich höchstens erkennen, dass der Bundesgerichtshof die unrichtige Rechtsmeinung der Vorinstanzen billigte. Damit verstieß er aber selbst gegen das geltende Recht.

Insofern wird zu den Ausführungen bezüglich der Urteile der Instanzgerichte verwiesen.

### III.

Durch die Nichtannahmeentscheidung des Bundesverfassungsgerichts – 1 BvR 671/08 – ist der Beschwerdeführer darüber hinaus ebenfalls in seinem Recht auf faires Verfahren gem. Art. 6 Abs. 1 EMRK verletzt.

Art. 6 EMRK verbürgt ein faires Verfahren in zivilrechtlichen Streitigkeiten. Diese Gewährleistung umfasst darüber hinaus auch außerordentliche Rechtsbehelfe, wie sie vorliegend durch die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde gegeben sind.

Das in Art. 93 Abs. 1, 4 a GG gegebene Recht der Verfassungsbeschwerde wird unter anderem in § 93 a BVerfGG konkretisiert. Danach bedarf eine Verfassungsbeschwerde der Annahme zur Entscheidung. Die Verfassungsbeschwerde ist aber nach § 93 a Abs. 2 a BVerfGG anzunehmen, soweit ihr grundsätzliche



verfassungsrechtliche Bedeutung zukommt. Die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts hat in der Verfassungsbeschwerdesache wie folgt entschieden:

„Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie unzulässig ist.

Von einer Begründung wird gem. § 93 d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.“

Nachdem der Beschwerdeführer in anderer Sache gerügt hatte, dass das Bundesverfassungsgericht bei Nichtannahme keine Begründung gibt, aus der man erkennen könne, warum die Verfassungsbeschwerde keinen Erfolg gehabt habe, hat das Gericht hier wenigstens zusätzlich erklärt, die Verfassungsbeschwerde sei unzulässig.

Allerdings ist auch eine solche Bemerkung, die dem Beschwerdeführer keine Reaktionsmöglichkeit für die Zukunft bietet, eine Verletzung des Art. 6 Abs. 1 EMRK.

Von einem fairen Verfahren kann man nämlich nicht sprechen, wenn der entscheidende Richter seine Entscheidung nicht begründet.

Zwar sieht § 93 d Abs. 1 BVerfGG vor, dass die Entscheidungen nach § 93 b und § 93 c BVerfGG ohne mündliche Verhandlung ergehen und dass diese Entscheidungen unanfechtbar sind. Außerdem heißt es in der Gesetzesbestimmung: „Die Ablehnung der Annahme der Verfassungsbeschwerde bedarf keiner Begründung.“

Diese Bestimmung stellt der Beschwerdeführer zur Entscheidung des Gerichtshofes.

Das Bundesverfassungsgericht verteidigt natürlich diese Gesetzesbestimmung. Dies ist bei einem Verfassungsgericht, das insbesondere die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu verteidigen hat, hier z.B. Art. 103 GG, bemerkenswert. Die Bestimmung ist nämlich mit höherrangigem Recht nicht vereinbar.

Nach Materialien des Deutschen Bundestages soll diese Entscheidung der Entlastung des Gerichtes dienen. Es schließt aber in Abs. 1 Satz 3 eine Begründung auch nicht aus.

Die Begründung ist unter rechtstaatlichen Gesichtspunkten eines fairen Verfahrens auch notwendig. „Man kann den Entlastungseffekt bezweifeln, denn ein gründliches Votum liegt für jede Nicht-Annahme-Entscheidung vor. Immerhin wird durch den Begründungsverzicht die Auswahl einiger tragender Sätze, und damit die Einigung der Kammermitglieder über die Begründung sowie Schreibaarbeit erspart. Der daraus anzunehmenden Entlastung des Gerichts stehen aber eine Reihe kritischer Einwände gegenüber. Die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde ist nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 a GG nicht geschaffen worden, damit das dafür zuständige Gericht entlastet sondern damit es von jedermann in Anspruch genommen werden kann (...) Wer nur entscheidet, seine Entscheidung aber noch nicht einmal durch eine Kurzbegründung rechtfertigt, erweckt vor allem beim Bürger selbst den Eindruck willkürlicher Machtausübung (...). Die formelle Betrachtungsweise zum Begründungsverzicht bei letzten Instanzen – außerordentlichen Rechtsbehelfen – schließt die Augen vor der Rechtswirklichkeit: die Anrufung des BVerfG gehört zur Pflicht der Rechtswegeerschöpfung und bei Menschenrechtsbeschwerden nach der EMRK ... Art. 93 d Abs. 1 Satz 3 verstößt deshalb gegen das Rechtsstaatsprinzip (anders hM).“ So Lechtner-Zuck BverfGG § 93 d Rn. 7.

Dieser Auffassung ist zuzustimmen.

Das Bundesverfassungsgericht ist für die Erfüllung seiner Aufgaben personell und technisch gut ausgestattet. Es hat insbesondere zusätzlich die Unterstützung durch viele zum Bundesverfassungsgericht abgeordnete qualifizierte Richterinnen und Richter, die Entscheidungen der Senate und der Kammern vorbereiten.

Abgesehen von Verfassungsbeschwerden, die offensichtlich unzulässig oder unbegründet sind – zu ihnen war die Verfassungsbeschwerde des Beschwerdeführers mit Sicherheit nicht zu zählen – fordert jede Verfassungsbeschwerde eine gründliche richterliche Befassung. Unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten muss dann auch gefordert werden, dass ein Nichtannahmebeschluss dem Beschwerdeführer in den beizufügenden Gründen darüber Auskunft gibt, weshalb sie unzulässig oder unbegründet sein soll. Dass hierfür im Zweifel wenige aber prägnante und klare Sätze ausreichen, wird nicht bestritten.

- 4 c -

Die Verneinung der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedeutung der vorliegenden Sache war eindeutig fehlerhaft.

**IV. EXPOSÉ RELATIF AUX PRESCRIPTIONS DE L'ARTICLE 35 § 1 DE LA  
CONVENTION**  
**STATEMENT RELATIVE TO ARTICLE 35 § 1 OF THE CONVENTION**  
**ANGABEN ZU ARTIKEL 35 ABS. 1 DER KONVENTION**

(Voir chapitre IV de la note explicative. Donner pour chaque grief, et au besoin sur une feuille séparée, les renseignements demandés sous les points 16 à 18 ci-après)

(See Part IV of the Explanatory Note. If necessary, give the details mentioned below under points 16 to 18 on a separate sheet for each separate complaint)

(Siehe Abschnitt IV der Erläuterungen. Angaben gemäß Ziffern 16 bis 18 sind zu jedem einzelnen Beschwerdepunkt getrennt zu machen; wenn erforderlich ist ein Beiblatt zu benutzen)

16. Décision interne définitive (date et nature de la décision, organe – judiciaire ou autre – l'ayant rendue)  
*Final decision (date, court or authority and nature of decision)*  
*Letzte innerstaatliche Entscheidung (Datum und Art der Entscheidung, Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)*

zu Ziffer 16

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe vom 02.07.2009 – 1 BvR 671/08 -, dem Prozessbevollmächtigten des Beschwerdeführers zugestellt am 18.07.2009.

17. Autres décisions (énumérées dans l'ordre chronologique en indiquant, pour chaque décision, sa date, sa nature et l'organe – judiciaire ou autre – l'ayant rendue)  
*Other decisions (list in chronological order, giving date, court or authority and nature of decision for each of them)*  
*Andere Entscheidungen (in zeitlicher Reihenfolge mit Angabe des Datums und der Art der Entscheidung sowie der Bezeichnung des Gerichts oder der Behörde)*

zu Ziffer 17

- Urteil des Landgerichts Ulm vom 22.01.2007 – 4 O 562/05 –
- Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 24.10.2007 – 4 U 35/07 –

18. Dispos(i)ez-vous d'un recours que vous n'avez pas exercé? Si oui, lequel et pour quel motif n'a-t-il pas été exercé?  
*Is there or was there any other appeal or other remedy available to you which you have not used? If so, explain why you have not used it.*  
*Gibt es oder gab es ein Rechtsmittel, das der Beschwerdeführer/die Beschwerdeführerin nicht eingelegt hat?*  
*Wenn ja, welches Rechtsmittel wurde nicht eingelegt? Warum?*

nein



**V. EXPOSÉ DE L'OBJET DE LA REQUÊTE**  
**STATEMENT OF THE OBJECT OF THE APPLICATION**  
**ANGABE DES BESCHWERDEGEGENSTANDES**

(Voir chapitre V de la note explicative)

(See Part V of the Explanatory Note)

(Siehe Abschnitt V der Erläuterungen)

19.

zu Ziffer 19

Der Beschwerdeführer wendet sich gegen die Entscheidungen der Instanzgerichte, des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts, durch die ihm verwehrt wird, seine Meinung zu Fragen der Abtreibung im Rahmen des geltenden Rechtes frei zu äußern.

Der Beschwerdeführer beantragt darüber hinaus eine gerechte Entschädigung zum Ausgleich der durch die gegen ihn ergangenen Entscheidungen erlittenen finanziellen Einbußen.

**VI. AUTRES INSTANCES INTERNATIONALES TRAITANT OU AYANT TRAITÉ**  
**L'AFFAIRE**  
**STATEMENT CONCERNING OTHER INTERNATIONAL PROCEEDINGS**  
**ANDERE INTERNATIONALE INSTANZEN, DIE MIT DIESER ANGELEGENHEIT**  
**BEFASST SIND ODER WAREN**

(Voir chapitre VI de la note explicative)

(See Part VI of the Explanatory Note)

(Siehe Abschnitt VI der Erläuterungen)

20. Avez-vous soumis à une autre instance internationale d'enquête ou de règlement les griefs énoncés dans la présente requête? Si oui, fournir des indications détaillées à ce sujet.

*Have you submitted the above complaints to any other procedure of international investigation or settlement?*

*If so, give full details.*

*Sind die vorliegenden Beschwerdepunkte bereits einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Schlichtungsorgan vorgelegt worden? Wenn ja, sollten Sie ausführliche Angaben machen.*

nein

## VII. PIÈCES ANNEXÉES

(PAS D'ORIGINAUX,  
UNIQUEMENT DES COPIES ;  
PRIÈRE DE N'UTILISER NI AGRAFE,  
NI ADHÉSIF, NI LIEN D'AUCUNE SORTE)

### *LIST OF DOCUMENTS*

(NO ORIGINAL DOCUMENTS,  
ONLY PHOTOCOPIES,  
DO NOT STAPLE, TAPE OR BIND DOCUMENTS)

### *BEIGEFÜGTE UNTERLAGEN*

(KEINE ORIGINALE,  
NUR KOPIEN ;  
DIE DOKUMENTE BITTE NICHT HEFTEN,  
KLEBEN ODER BINDEN)

(Voir chapitre VII de la note explicative. Joindre copie de toutes les décisions mentionnées sous ch. IV et VI ci-dessus. Se procurer, au besoin, les copies nécessaires, et, en cas d'impossibilité, expliquer pourquoi celles-ci ne peuvent pas être obtenues. Ces documents ne vous seront pas retournés.)

(See Part VII of the Explanatory Note. Include copies of all decisions referred to in Parts IV and VI above. If you do not have copies, you should obtain them. If you cannot obtain them, explain why not. No documents will be returned to you.)

(Siehe Abschnitt VII der Erläuterungen. Kopien aller unter Ziffern IV und VI genannten Entscheidungen sind beizufügen. Es obliegt dem Beschwerdeführer/der Beschwerdeführerin, die Kopien zu beschaffen oder die Hinderungsgründe anzugeben. Eingereichte Unterlagen werden Ihnen nicht zurückgesandt.)

21.

zu Ziffer 21

- Urteil des Landgerichts Ulm vom 22.01.2007 – 4 O 562/05 –
- Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 24.10.2007 – 4 U 35/07 –
- Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 12.02.2008 – VI ZA 26/07 –
- Verfassungsbeschwerde des Beschwerdeführers vom 17.03.2008
- Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 02.07.2009 – 1 BvR 671/08 -

**VIII. DÉCLARATION ET SIGNATURE**  
**DECLARATION AND SIGNATURE**  
**ERKLÄRUNG UND UNTERSCHRIFT**

(Voir chapitre VIII de la note explicative)  
(See Part VIII of the Explanatory Note)  
(Siehe Abschnitt VIII der Erläuterungen)


Je déclare en toute conscience et loyauté que les renseignements qui figurent sur la présente formule de requête sont exacts.

*I hereby declare that, to the best of my knowledge and belief, the information I have given in the present application form is correct.*

*Ich erkläre nach bestem Wissen und Gewissen, dass die von mir im vorliegenden Beschwerdeformular gemachten Angaben richtig sind.*

Lieu / Place / Ort ..... Euskirchen

Date / Date / Datum ..... 18.01.2010

  
gez. Lennartz  
(Signature du/de la requérant(e) ou du/de la représentant(e))  
(Signature of the applicant or of the representative)  
(Unterschrift des Beschwerdeführers/der Beschwerdeführerin  
oder des Bevollmächtigten/der Bevollmächtigten)